

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Trinkbrunnen
- 0 Petition Arbeitslosengeld
- 0 Klimaschutz
- 0 Ankauf ATB-Gelände

Keine weitere Verbauung von Grünflächen! Dienesgasse: Umwidmung für die Verbauung von Spielplatz und Grünfläche durch die Initiative der KPÖ abgesetzt

In der letzten Gemeinderatssitzung stand die Umwidmung von zwei Grundstücken in der Dienesgasse auf der Tagesordnung. Derzeit befinden sich dort ein Spielplatz und Grünflächen. Die OWG plant Wohnungen zu errichten. Die KPÖ machte klar, dass wir die Umwidmung ablehnen. Der Tagesordnungspunkt wurde daraufhin abgesetzt, die Entscheidung vertagt.

KPÖ-Stadträtin Renate Pacher legte dar, dass eine Verbauung dieser Freiflächen eine völlige Fehlentwicklung sei. Die Grünflächen in unserer Stadt sind in den letzten Jahren deutlich weniger geworden. Das geht auf Kosten der Lebensqualität. Besonders Kinder haben immer weniger Freiraum. Immer mehr Grundstücke (siehe Gaalerstraße) werde vollständig verbaut, Grünland wird versiegelt.

Die OWG plant den Bau von zwei 4geschoßigen Wohngebäuden mit je 12 Wohneinheiten, die laut Bürgermeister verkauft werden sollen. Um das Projekt umzusetzen sollen rund 8.170 m² als „Allgemeines Wohngebiet“ und rund 7.460 m² als „Vorbehaltsfläche für den förderbaren Wohnbau“ gewidmet werden. In Summe ist also die Verbauung von rund 15.600 m² geplant.

Bereits die Errichtung der letzten Wohnbauten vor ein paar Jahren war ein gewaltiger Einschnitt. Spielplatz und Grünfläche wurden verkleinert. Viele AnrainerInnen hatten damit wenig Freude und empfanden das als Einschränkung ihrer Lebensqualität.

Vor Kurzem wurde eine Wohnbedarfsanalyse durchgeführt. Die hat gezeigt, dass in Knittelfeld fast 1.000 Wohnungen leer stehen. Sanierung muss Vorrang vor Neubau haben, war die Erkenntnis dieser Erhebung.

Vor der Gemeinderatswahl wurde - im



Im Bereich Dienesgasse in der Nähe der Landesberufsschule sollen neue Wohnbauten errichtet werden. Die Natur und die Menchen - besonders die Kinder - haben immer weniger Freiraum.

Rahmen der Diskussion um neue Wohnungen in der Parkstraße - versprochen keine Grünflächen mehr zu verbauen. Wenn dieses Versprechen und die Erkenntnisse der Wohnbedarfsanalyse ernst genommen werden, darf es zu keiner weiteren Verbauung kommen, so die KPÖ.

In der darauf folgenden Diskussion erklärte Bürgermeister Harald Bergmann, dass er viele der Argumente der KPÖ teile. Der Bürgermeister hat daher vorgeschlagen den Tagesordnungspunkt abzusetzen und noch einmal zu prüfen. Das wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. Es ist sehr positiv, dass der Bürgermeister auf unsere Bedenken eingegangen ist. Aber ohne die Wortmeldung der KPÖ wäre die Umwidmung wie geplant beschlossen worden.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ➔

Die Umwidmung der Grundstücke wurde verschoben. Das bedeutet aber nicht, dass die Verbauung damit endgültig abgewendet wurde. Die KPÖ wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass dieser Grünraum für die KnittelfelderInnen erhalten bleibt. In der Parkstraße hat sich eine Bürgerinitiative zum Erhalt der Grünfläche gegründet. Es wäre sehr wichtig, dass sich auch in dieser Sache BürgerInnen engagieren.

.....

Es gibt viele Gründe für die steigende Verbauung

Dass so viele Flächen verbaut werden hat viele Gründe. Dadurch, dass Vermögen so wenig besteuert werden, Aktionäre und Unternehmer hohe Gewinne machen

und Reiche immer reicher werden, gibt es immer größere private Geldmengen. Kapital das nach Anlagemöglichkeiten sucht. Für private Wohnbauträger ist der Wohnbau ein Geschäft, das Renditen bringen soll. Viele Wohnungen werden als Anlegerwohnungen gebaut und gekauft.

Die Landwirtschaftspolitik der EU führt dazu, dass sehr viele Landwirte ihren Betrieb aufgeben mussten. Das Prinzip „Wachsen oder weichen“ hat zu einem Bauernsterben geführt. Durch die Umwidmung von landwirtschaftlichem Grund in Bauland lassen sich beträchtliche Umwidmungsgewinne erzielen. Daher gibt es auch ein Interesse möglichst viel Land als Bauland zu widmen. Oft sind solche Umwidmungsgewinne die letzte Reserve eines landwirtschaftlichen Betriebs.

Da die Gemeinden mit mehr EinwohnerInnen auch mehr Geld vom Bund bekommen sind GemeindepolitikerInnen an Zuzug und Neubauten interessiert. Nicht zuletzt fließt sehr viel Fördergeld der öffentlichen Hand in den Neubau und viel zu wenig in die Sanierung bestehender Wohnungen. Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften, wie die OWG, sind verpflichtet Wohnbau zu betreiben und werden auch durch die Gesetzeslage und die Förderpolitik der öffentlichen Hand in Richtung Neubau gedrängt.

Es muss in vielen Bereichen zu Änderungen kommen, damit Mensch und Natur genug Raum haben und Wohnen nicht zur Ware wird.

.....

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

Die „Segnungen“ der freien Marktwirtschaft: Drei Eissalons am Hauptplatz

Nun gibt es in am Hauptplatz drei Eissalons. Seit Kurzem hat die Kette „Charly Temmel“ eine Filiale in Knittelfeld eröffnet. Damit hat sich die Situation für bestehende Betriebe sicherlich verschlechtert. Immer öfter machen Ketten den heimischen Betrieben Konkurrenz - die „Segnungen“ der freien Marktwirtschaft.

Aus dem Gemeinderat**Neuer Pächter im Kulturhaus**

Der Gemeinderat hat die Verpachtung des Kulturhausrestaurants an Herrn Francesco Basso beschlossen. Die monatliche Pacht beträgt 1.000 Euro zuzüglich Betriebskosten. Derzeit werden Umbauarbeiten durchgeführt. Das Restaurant soll im Oktober öffnen. Wir wünschen dem neuen Pächter viel Erfolg.

Wohngebiet statt Gewerbegebiet

Der Bereich der ehemaligen Tischlerei Kopp in der Frühlingsgasse wurde von „Gewerbegebiet“ auf „Allgemeines Wohngebiet“ umgewidmet. Es ist eine Mischnutzung für Wohnzwecke, Lagerflächen, Garagen und Schulungsräumen geplant. KPÖ-GR Josef Mezslenyi fragte nach, ob mit dieser Umwidmung die Pläne für eine Werkstatt obsolet geworden sind.

Das sei Gegenstand der Gewerbeverhandlung, durch die Umwidmung in Wohngebiet seien aber niedrigere Höchstgrenzen, z.B. für die Lärmbelastung, vorgeschrieben, lautete die Antwort.

Pachtverzicht

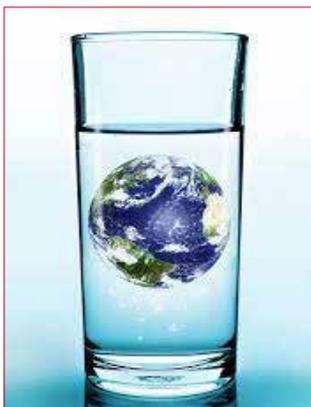
Für den Verein der Kinderfreunde Knittelfeld wurde der Erlass der Pacht und der Versicherungskosten für Kinderfreundeheube und Waldschule in der Höhe von rund 1.900 Euro beschlossen. Durch die Corona-Krise konnten die Objekte nicht genutzt werden.

www.kpoe-steiermark.at

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Wasser ist Leben - Trinkbrunnen errichten!

Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, dass es in unserer Region - vor allem im Gelände - schwer ist an Trinkwasser zu kommen. Wir haben im Gemeinderat angeregt die Gemeinde solle mit dem Wasserverband prüfen wo es in unserer Region, möglich wäre öffentliche Trinkbrunnen zu errichten.



In Zeiten des Klimawandels mit der steigenden Anzahl von Hitzetagen ist die Versorgung mit Trinkwasser besonders wichtig, besonders für SportlerInnen, ältere Menschen und Kinder. In Knittelfeld gibt es neun Trinkwasserbrunnen, die Standorte sind vielen wahrscheinlich nicht bekannt. Deshalb haben wir angeregt über die Standorte zu informieren. (Es freut uns, dass diese Anregung aufgenommen und auf der Facebookseite der Gemeinde umgesetzt wurde.)

Viel schlechter sieht es mit der Versorgung im freien

Gelände aus. Wir haben auch in den Gemeinderäten von Spielberg und Zeltweg auf dieses Problem hingewiesen. Dort wurde unsere Anregung positiv aufgenommen. In Knittelfeld erklärte, der Bürgermeister der Wasserverband hätte in dieser Sache keine Kompetenz, er wolle das Anliegen aber gerne einbringen.

Die Gemeinden sind auch im Wasserverband vertreten. Wasser ist Leben - mit gutem Willen lässt sich sicher eine Lösung finden. Wichtig ist, dass die Bevölkerung über neue - und auch bestehende Trinkbrunnen - gut informiert wird.



Einer der neun Knittelfelder Trinkbrunnen befindet sich am Hauptplatz.

Kindergartenbeiträge:

KPÖ gegen automatische Erhöhung

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP hat der Gemeinderat die Valorisierung der Beiträge für die alterserweiterte Gruppe im Kindergarten "Gemeinsam Hand in Hand" in der Kärntnerstraße beschlossen. Diese automatische jährliche Verteuerung gilt ab dem kommenden Kindergartenjahr.

Die KPÖ sprach sich auch gegen diese Erhöhung aus. KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi wies darauf hin, dass die Corona-Krise viele Familien in schwierige finanzielle Situationen bringt. In Zeiten in denen die Löhne und Gehälter viel weniger steigen als die Preise ist es falsch Gebühren zu erhöhen.

Bei den Wasser- und Kanalgebühren und für die an-

deren Kindergärten wurde diese automatische Preiserhöhung - gegen die Stimmen der KPÖ - bereits vor einiger Zeit eingeführt. Die Zuschüsse und Sozialleistungen werden nicht automatisch jedes Jahr erhöht - die Gebühren sehr wohl.

Musikschultarife wieder erhöht



SPÖ und ÖVP haben die Erhöhung der Tarife für die Musikschule beschlossen. Der Jahresbeitrag wird künftig 499 Euro für SchülerInnen und 965 Euro

für Erwachsene betragen.

KPÖ-Gemeinderätin Sonja Karimi: „Unserer Ansicht nach waren die Beiträge schon in der Vergangenheit viel zu hoch. Aber jetzt in der Krise noch zu erhöhen ist ein falsches Signal. Die Erhöhung trifft vor allem Familien. Im ORF wurde berichtet, dass bereits jedes dritte Kind von Armut gefährdet ist.“

Es ist erwiesen, dass Musik zur Allgemeinbildung und Persönlichkeitsentwicklung beiträgt. Deshalb sollte das Angebot in Musikschulen für Kinder eigentlich kostenfrei sein, und auch Erwachsene sollten die Möglichkeit haben sich günstig weiterzubilden.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Die für heuer geplanten Gemeinderatssitzungen:

Mo. 27. September, Mo. 13. Dezember

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von interessierten BürgerInnen besucht werden.

Antrag der KPÖ zur Airpower von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt Die Klimakrise macht die Airpower noch absurder!

Es wurde bereits darüber spekuliert, ob es im nächsten Jahr eine Airpower geben wird. Gerade in Zeiten wie diesen halten wir schon den Gedanken für absurd. Die KPÖ hat deshalb den Antrag gestellt, der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld solle das Verteidigungsministerium aus finanz-, umwelt-, energie- und friedenspolitischen Überlegungen auffordern keine Airpower mehr abzuhalten.

Der Gemeinderat solle zudem fordern, die dadurch eingesparten Mittel den Aichfeldgemeinden für Klimaschutzprojekte und gewaltfreie friedenserzieherische Maßnahmen an Schulen zur Verfügung zu stellen. Dem Antrag wurde keine Dringlichkeit zuerkannt. Er kam daher nicht einmal auf die Tagesordnung.

Es gibt sehr viele Gründe keine Airpower mehr abzuhalten

Die Coronakrise stellt Bund, Land, Gemeinden und auch viele Menschen vor finanzielle Probleme. Es wäre unverantwortlich für eine Airpower Millionen an Steuergeldern für diese Präsentation von Waffen zu verschleudern.



Wir müssen in Zeiten der Klimakrise mit Energie verantwortungsbewusst umgehen. Es braucht viele Maßnahmen um die Klimaziele zu erreichen. Die Vergeudung fossiler Energie für die Präsentation von Kriegsgerät steht dazu im krassen Widerspruch. Bei der Airpower werden durch den Flugbetrieb und die Anreise enorme Mengen an Treibstoff verbraucht und die Umwelt belastet.

Die öffentliche Hand muss eine Vorbildwirkung für sinnvolle Energienutzung haben. Wenn eine solche energieintensive Veranstaltung mit Steuergeldern finanziert wird, wird

den BürgerInnen signalisiert, dass Klimaschutz in Wirklichkeit keine Rolle spielt. Gleichzeitig verlangt man von den BürgerInnen im privaten Bereich umzudenken.



Wie kann von den Menschen ein Bewusstsein in Sachen Klimaschutz erwartet werden, wenn die öffentliche Hand die energieintensive und umweltschädigende Airpower fördert? Es ist klar, dass die Absage der Airpower nicht das Klima retten wird, es geht vor allem um die Signalwirkung einer solchen Veranstaltung.

Genau mit dieser Art von Flugzeugen, wie sie auch bei der Airpower präsentiert werden, werden auch in diesen Tagen Menschen getötet. Kampfflugzeuge sind Waffen, die gebaut und entwickelt wurden um Kriegseinsätze zu fliegen und Menschen zu töten. Die Faszination die von einer Flugshow ausgeht wird dazu genutzt den Einsatz und die Wirkungsweise dieser Waffen verharmlosend und auf technische Details reduziert darzustellen.



Die Abhaltung von Flugshows bedeutet auch eine Gefährdung der Bevölkerung. Es hat bereits mehrfach Unfälle – auch mit Todesopfern – gegeben. Deshalb sind derartige Flugshows in einigen Ländern sogar verboten.

Knittelfeld war im 2. Weltkrieg eine der meistzerstörten Städte Österreichs. Bombenflugzeuge haben viel Leid über unsere Bevölkerung gebracht. Deshalb brauchen wir eine aktive und gewaltfreie Neutralitätspolitik, die uns wieder Ansehen in der Welt bringt, und keine Demonstration von todbringenden Waffengattungen.



Wir hatten gehofft es würde endlich ein Umdenken geben. Denn wenn sich der Knittelfelder Gemeinderat gegen die Airpower ausspricht, wäre das ein starkes Signal. Je mehr Stimmen sich erheben, desto größer die Chance, dass die Airpower nicht abgehalten wird. Leider wurden wir enttäuscht. ÖVP und FPÖ lehnten unseren Antrag geschlossen ab, bei der SPÖ stimmten nur GR Claus Trost und Umweltreferentin Martina Stummer mit uns.

.....
Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Wirtschaftliche Interessen gehen vor - Das Elend des Klimaschutzes

Die ÖVP begründete die Ablehnung unseres Antrag zur Airpower damit, dass obwohl soziale- und Umweltschutzgründe gegen die Airpower sprächen, die wirtschaftliche Vorteile die Nachteile überwiegen würden.

Diese Begründung ist das beste Beispiel dafür, woran wirklicher Klimaschutz in Wahrheit scheitert. Die Wissenschaft ist sich einig, dass wenn es nicht gelingt durch einschneidende Maßnahmen die Erderwärmung zu begrenzen, das Leben auf unserem Planeten immer unerträglicher wird und die Menschheit in ihrer Existenz gefährdet ist.



Wie unsere Zukunft aussehen wird kann man anhand der letzten Hitze-welle im - nördlich gelegenen - Kanada erahnen. 49,6 Grad Temperaturrekord im Ort Lyyton. Den Ort selbst gibt es nicht mehr, er wurde durch Brände weitgehend zerstört.

Hitzetote, Menschen und Tiere die leiden, Waldbrände und verdorrte Flächen. Bedingungen unter denen das Arbeiten nicht mehr möglich ist, Schäden an der Infrastruktur, wie z.B. aufgewellter Straßenbelag.

Dennoch gibt es in Sachen Klimaschutz in Wahrheit nur Absichtserklärungen und Sonntagsreden. Wenn von Maßnahmen geredet wird, dann vor allem von solchen die Belastungen für die breite Masse der Bevölkerung bringen. Wenn es um Maßnahmen geht, die wirtschaftliche Interessen und Gewinnaussichten gefährden, herrscht Sendepause.

Ob die Menschheit in unserer profitgetriebenen kapitalistischen Gesellschaft eine Zukunft hat ist fraglich. Finden wir keinen Ausweg, hin zu einer Gesellschaft in der die Bedürfnisse von Mensch und Natur an erster Stelle stehen, wird unser Nachruf wohl lauten: „**Die wirtschaftlichen Interessen gingen vor.**“

Leserbrief

Taxifahrten schon wieder teurer!

Ich bin schwer körperbehindert. Seit sieben Jahren fahre ich regelmäßig zur osteopathischen Behandlung von der Neustadt nach Apfelberg. Damals kostete mich die Hin- und Retourfahrt mit zwei Taxigutscheinen zehn Euro.

Vor rund drei Jahren gab es eine saftige Preiserhöhung. Da kosteten Hin- und Rückfahrt plötzlich 26 Euro! Mit den Taxigutscheinen im Wert von sechs Euro, die ich um vier Euro von der Gemeinde bekam, bedeutet das 18 Euro Kosten für mich. Seit 1. Juni wurden die Tarife wieder erhöht. Nun bezahle ich für Hin- und Rückfahrt 22 Euro! Wer kann sich das leisten?

Ich, und sicherlich viele andere Menschen, benötigen ein Taxi. Deshalb wäre es mein Wunsch, die Gemeinde möge den Zuschuss zu den Taxigutscheinen erhöhen.

Erich Pacher

Aus dem Gemeinderat

„Nah&Frisch Yili`s“ Bürgerservice

Im „Nah&Frisch-Markt Yili`s“ in der Neustadt in der Badgasse werden nun auch gemeindeeigene Dienstleistungen angeboten. Taxigutscheine, die Ausgabe von Müllsäcken und Gemeindeinformationen sind dort erhältlich. Dafür wurde die Bezahlung einer monatlichen Pauschale von 150 Euro beschlossen.

POINTS4ACTION

Die Durchführung des Projekts „POINTS4ACTION“ wurde beschlossen. Jugendliche im Alter von 13 bis 19 Jahren erhalten Punkte für ihr Engagement in sozialen Einrichtungen. Zum Beispiel für Aktivitäten wie Vorlesen oder Spiele spielen. Die Punkte werden in einem Sammelpass geklebt und können in Partnerbetrieben (Pizzeria, Schwimmbad...) eingelöst werden. Für dieses spannende Projekt wurden 2.900 Euro beschlossen.



Franz Moharitsch

Sonja Karimi

Renate Pacher

Josef Meszlenyi

**Wir wünschen allen
Knittelfelderinnen und
Knittelfeldern einen schönen,
erholsamen und
sorgenfreien Sommer!**

**Ihre KPÖ-GemeinderätInnen
und die KPÖ-Knittelfeld**

Grundstücksspekulation und weitere Flächenversiegelung verhindern! Für einen Ankauf des ATB-Geländes durch die öffentliche Hand

Mit 30. Juni haben die letzten ProduktionsmitarbeiterInnen der ATB in Spielberg das Werk verlassen. Damit geht das letzte traurige Kapitel des Elektromotorenherstellungsbetriebs im Aichfeld zu Ende. Rund 400 Menschen haben ihre Arbeit verloren. Für viele ein schwerer Schicksalsschlag. Nachdem die Arbeitsplätze nicht gerettet wurden, stellt sich nun die Frage, was mit den Hallen und dem Betriebsgelände geschieht.



Mehr als tausend Menschen haben gegen die Schließung der ATB demonstriert.

Die KPÖ hat die Idee eingebracht, das Land Steiermark solle das ATB-Gelände ankaufen. KPÖ-GR Erich Wilding hat im Spielberger Gemeinderat folgenden Antrag gestellt:

1. Die Gemeinde wird an das Land Steiermark mit dem Vorschlag herantreten das nun zum Verkauf stehende Werksgelände der ATB zu erwerben, um Spekulation mit dem Objekt zu verhindern.
2. Bis das ATB-Gelände wieder vollständig genutzt wird, darf in Spielberg kein weiteres Grünland für Industrie- bzw. Gewerbeanlagen versiegelt werden. In diesem Sinne wird der zuständige Ausschuss beauftragt Lösungen zu finden.

Der Spielberger Bürgermeister Manfred Lenger und LAbg. Wolfgang Moitzi erklärten, dass derzeit kein Handlungsbedarf bestehe, weil das Werk noch nicht zum Verkauf stehe. Auf Nachfrage der KPÖ wurde uns seitens der ATB-Geschäftsführung aber bestätigt, dass der Beschluss zum Verkauf bereits im Aufsichts-

rat gefallen sei und sich bereits Interessenten gemeldet haben.

Das Areal steht also zum Verkauf. Die SPÖ ist mit Christoph Matznetter im Aufsichtsrat vertreten. Wie passt das zusammen? Wir meinen es wäre unverantwortlich weiteren Boden zu versiegeln, wenn gleichzeitig 10 Hektar Betriebsgelände leer stehen. Darum müssen wir uns jetzt dafür einsetzen, dass das Land das Betriebsgelände übernimmt und nicht warten bis es zu spät ist und das Werk einem Spekulanten gehört!

Um die Schließung der ATB zu verhindern hat die KPÖ im Vorjahr die Übernahme des Werks durch die öffentliche Hand gefordert und ein Konzept dafür ausgearbeitet. Dieser Weg wurde nicht unterstützt. Für das ATB-Werk ist es zu spät, nun sollte wenigstens das ATB-Gelände gesichert werden.

Raiffeisenbank
Aichfeld



Aichfeldbus mit besseren Verbindungen Auch billige Tarife sind wichtig!

Der Grundsatzbeschluss zur Finanzierung des Aichfeldbusses bis zum Jahr 2031 wurde beschlossen. Der Kostenanteil unserer Gemeinde beträgt rund 45.300 Euro pro Jahr. Es wird zukünftig mehr Linien und eine dichtere Taktung geben. So ist geplant mit dem Aichfeldbus erstmal bis Pölstal und Lobmingtal zu fahren.

KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi begrüßte den Ausbau der Linien. „Wenn man in Zeiten der Klimakrise will, dass die Menschen mehr mit Öffis fahren, braucht es gut ausgebauten Öffentlichen Verkehr.“

Genauso entscheidend wie gute Verbindungen ist, dass der öffentliche Verkehr leistbar ist. „Wichtig wären günstige Ticketpreise, und besonders die Einführung des 1-2-3-Tickets in der Steiermark.“

Dieses Ticket wurde groß angekündigt und ist ein Prestigeprojekt der Grünen. Für ein Bundesland soll das Ticket 365 Euro - einen Euro pro Tag - kosten. Aus den Medien konnte man erfahren, dass es in der Steiermark 550 Euro kosten soll. Auf Nachfrage von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, warum das so sei, blieb Verkehrslandesrat Anton Lang eine Antwort schuldig.



Arbeitslosengeld: 55% vom letzten Einkommen sind zum Leben viel zu wenig! Volksbegehren zur Erhöhung unterstützen!



Derzeit befindet sich ein Volksbegehren in der Einleitungsphase, das die Erhöhung des Arbeitslosengeldes fordert. Derzeit liegt die Nettoersatzrate, also der Anteil vom letzten Lohn, die ausbezahlt wird bei 55%. Das ist viel zu wenig.

Die Corona-Krise hat mit aller Deutlichkeit gezeigt: Es kann jeden und jede treffen. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordniveau gestiegen. Arbeit zu finden war im vergangenen Jahr fast unmöglich. Nun verbessert sich die Situation. Aber im Juni waren österreichweit immer noch 289.000 Menschen ohne Arbeit. Dem gegenüber gab es nur rund 109.000 offene Stellen.

Armutsfälle

Egal wieviele Menschen betroffen sind, wer arbeitslos ist wird schnell von Armut bedroht. Oft bleibt vom Arbeitslosengeld nach Abzug der Fixkosten nichts mehr übrig, Ersparnisse sind schnell aufgebraucht. 36% der Arbeitslosen sind akut von Armut bedroht.

Nun fordert Arbeitsminister Martin Kocher noch mehr Sanktionen für Arbeitslose. So soll künftig das gesamte Monatsgeld gestrichen werden können wenn ein Jobangebot ausgeschlagen wird. Wie die Menschen dann ihre Miete und ihre Lebenshaltungskosten bezahlen sollen sagt der Minister, der im Monat rund 18.000 Euro brutto verdient, nicht.

Solche Forderungen dienen dazu die Menschen zu spalten. Es wird bewusst der Eindruck vermittelt viele der Arbeitslosen wollten gar nicht arbeiten. Anstatt Arbeitsplätze mit fairer Bezahlung werden Feindbilder geschaffen. Dabei belegen unzählige Studien, dass Arbeitslosigkeit eine schwere psychische Belas-

tung ist. Zukunftsängste und das Gefühl nichts mehr wert zu sein quälen viele.

Höheres Arbeitslosengeld ist gut für Alle
Ein noch niedrigeres Arbeitslosengeld schafft keine Jobs. Hingegen werden die Menschen gezwungen jede schlechtbezahlte Arbeit anzunehmen. Das freut natürlich die Unternehmer, die ihren Beschäftigten möglichst wenig bezahlen wollen. Der Niedriglohnssektor wächst. Ein höheres Arbeitslosengeld erlaubt es Arbeitslosen hingegen nach einer passenden Stelle zu suchen.

Das stärkt auch die Verhandlungsposition aller arbeitenden Menschen, die nicht ständig befürchten müssen durch billigere Arbeitskräfte ersetzt zu werden. Ein höheres Arbeitslosengeld ist also für alle wichtig. Nicht nur weil es jeden und jede treffen kann, sondern weil ein niedriges Arbeitslosengeld auch zu niedrigeren Löhnen führt.

Auf Initiative der KPÖ hat der Gemeinderat vor mehreren Monaten eine Resolution mit der Forderung nach Anhebung des Arbeitslosengeldes beschlossen. KPÖ-GR Josef Meszlenyi hat deshalb angeregt, die Gemeinde sollte die Petitionen unterstützen und z.B. in der Gemeindezeitung der Stadtgemeinde darüber berichten. Der Bürgermeister erklärte, er werde das prüfen.

Die KPÖ unterstützt das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf!“, das eine Erhöhung auf mindestens 70% fordert. Es kann am Gemeindeamt oder Online unterzeichnet werden.

Neues Radfahrkonzept

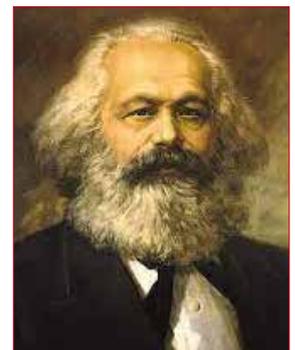
Um den Radfahrverkehr zu fördern wurde für das Murtal und Murau ein Radfahrkonzept entwickelt. Maßnahmen um 25 Millionen Euro sollen gesetzt werden. Der Kostenanteil für unsere Gemeinde soll 2,1 Mio. Euro betragen.

Zweifellos ist es gut den Radfahrverkehr zu fördern. Wichtig ist, dass für die Radwege ausreichend Raum eingeplant wird und diese auch sicher sind. Derzeit sind viele Radwege nur bedingt geeignet. So sind z.B. die häufigen Kreuzungen mit Verkehrsstraßen eine ständige Gefahrenquelle.



„Es muss doch etwas faul sein im Innersten einer Gesellschaft, die ihren Reichtum vermehrt, ohne ihr Elend zu verringern.“

Karl Marx



KPÖ hilft Müttern mit Kindern

Die KPÖ springt ein, wo das Land nicht handeln will

In den Bezirken Murtal und Murau gab es lange nur einen Frauenarzt mit Kassenvertrag - und das für ca. 50.000 Frauen. Frauen waren gezwungen auch die gesetzlich vorgeschriebenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen bei WahlärztInnen durchführen zu müssen. Eine enorme finanzielle Belastung, da die Krankenkasse nur einen Teilbetrag rückerstattet hat.



KPÖ-GR Josef Meszlenyi, KPÖ-StR. Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, Carina Klemmer

Die Fohnsdorferin Carina Klemmer wollte das nicht hinnehmen. Sie hat mit enormen Engagement eine Petition an den Landtag ins Leben gerufen, die einen Unterstützungsfonds gefordert hat. Die Petition haben fast 3.500 Menschen unterschrieben. Trotz dieses Einsatzes und der schwerwiegenden Problematik weigerte sich das Land einen solchen Fonds einzurichten. Deshalb ist die KPÖ jetzt aktiv geworden.

Die KPÖ hat nun einen „Mutter-Kind-Unterstützungsfonds“ ins Leben gerufen und diesen in einer Pressekonferenz, zusammen mit Frau Klemmer, vorgestellt. Frau Klemmer schilderte dort, dass sie mit ihrem Anliegen mit Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner Strauß in Kontakt war, aber immer nur zu hören bekam, dass man nicht zuständig sei.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler stellt jetzt 30.000 Euro zur Verfügung. Das ist möglich, da KPÖ-PolitikerInnen eine Einkommensgrenze von

2.300 Euro haben. Alles darüber hinaus kommt in den KPÖ-Sozialfonds, daraus werden nun die Hilfgelder entnommen.

LKH-Projekt nur bis Ende 2021

Die Versorgungssituation hat sich derzeit entspannt, da in Murau eine Frauenarztordination eröffnet wurde. Außerdem wurde am LKH Judenburg ein Projekt gestartet, bei dem Spitalsärzte im Krankenhaus eine Praxis für Gynäkologie und Geburtshilfe betreiben.

Das Projekt läuft bis Ende dieses Jahres. Die Ärztekammer hat das Modell kritisiert. Die Fortführung ist nicht gesichert. Frau Klemmer und die KPÖ fordern dringend die Fortsetzung solange es nicht genügend Kassenpraxen gibt. Ohne die LKH-Praxis beginnen die Probleme der Frauen von neuem.

Der Unterstützungsfonds

Frauen, die von 1.1.2019 bis 6.1.2020 Wahlarztkosten für den Mutter-Kind-Pass hatten, können eine Unterstützung von maximal 200 € beantragen.

Einkommensgrenzen

Einpersonenhaushalt: € 1208, bei zwei Erwachsenen: € 1812, die Grenze erhöht sich pro Kind um € 403.

Anträge

www.kpoe-steiermark.at

oder in der **KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld**, bei **KPÖ-GR Josef Meszlenyi** (knittelfeld@kpoe-steiermark.at oder 03512/82240) melden.

Sprechstunde mit Sozialberatung

**KPÖ-GR Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber**

Mittwoch, 28. Juli

KPÖ-Parteheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Wohnung zu vermieten



Hochhaus, Sandgasse 8

Knittelfeld

3 Zimmer, ca. 70 m²

& Kellerabteil

Monatsmiete ca. € 530,-

(inkl. BK und HK)

Kontakt:

0676/7996811